

|                           |                                                                                                                                                                                   |                                  |                              |
|---------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------|------------------------------|
| Vorlage der Verwaltung    | Fachbereich:<br>Büro des Bürgermeisters                                                                                                                                           | Datum:<br>12.08.2020             | Genehmigungsvermerk          |
| Tagesordnungspunkt<br>3.3 | Bezeichnung der Vorlage:<br><br><b>Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW<br/>Hier: Implementierung eines<br/>Umfrage- und<br/>Bürgerbeteiligungstools auf der<br/>Webseite der Stadt</b> |                                  | Datum: 13.08.2020            |
| Vorlage-Nr:<br>VO/0199/20 |                                                                                                                                                                                   |                                  | Bürgermeister:<br>Gez. Stock |
| Zu beraten im:            |                                                                                                                                                                                   |                                  |                              |
| Ö/N                       | Datum                                                                                                                                                                             | Gremium                          |                              |
| Ö                         | 25.08.2020                                                                                                                                                                        | Haupt- und Finanzausschuss (HFA) |                              |
| Ö                         | 01.09.2020                                                                                                                                                                        | Rat der Stadt Wegberg            |                              |

#### Sachverhalt:

Mit Datum vom 13.07.2020 hat DIE LINKE. Wegberg den in der Anlage beigefügten Bürgerantrag gem. § 24 der Gemeindeordnung NRW zum Thema „**Implementierung eines Umfrage- und Bürgerbeteiligungstools auf der Webseite der Stadt**“ gestellt.

#### Antwort der Verwaltung:

Die Einführung und Pflege des Umfrage- und Bürgerbeteiligungstools „TOOL CONSUL“ würde für die Verwaltung zusätzlichen Personalbedarf bedeuten, da die umfangreiche Betreuung mit vorhandenen Personal nicht geleistet werden kann. Die von den Bürgerinnen und Bürgern eingegebenen Informationen müssten durch rechtsichere Informationen beantwortet werden. Viele der Eingaben müssten in der Verwaltung zusätzlich aufgearbeitet und für die politischen Entscheidungsgremien vorbereitet werden.

Beschließt der Rat die Umsetzung zur Einführung des beantragten Umfrage- und Bürgerbeteiligungstools müsste dies im Stellenplan 2021 mit einer zusätzlichen Stelle berücksichtigt werden.

Als Alternative, und um den Haushalt nicht zusätzlich zu belasten, schlägt die Verwaltung vor, dass der Rat der Stadt Wegberg die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt, ob bei der aktuell anstehenden Umstellung der Homepage auf das neue Content-Management-System sowie bei der Einführung des neuen Bürgerinformationssystems, die Möglichkeit der Installation eines alternativen Umfrage- und Bürgerbeteiligungstools besteht, welches weniger personalintensiv ist.

#### Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Wegberg beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, ob bei der aktuell anstehenden Umstellung der Homepage auf das neue Content-Management-System sowie bei der Einführung des neuen Bürgerinformationssystems, die Möglichkeit der Installation eines alternativen Umfrage- und Bürgerbeteiligungstools besteht.

**Anlage:**

- Bürgerantrag vom 13.07.2020

---

Unterschrift d. federführenden Fachbereichsleiters/Dezernenten  
**Gez. Lambertz**                      **FBL BBM**

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

DIE LINKE. Wegberg  
Am Sportplatz 19  
41844 Wegberg



Bürgermeister  
Michael Stock  
Rathausplatz 25  
41844 Wegberg

Wegberg, 13.07.2020

**Anregungen und Beschwerden" (Bürgerantrag) gemäß § 24 Gemeindeordnung  
Nordrhein-Westfalen (GO NW)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

als Vorstand der Partei DIE LINKE. Wegberg stellen wir nach § 24 der Gemeindeordnung  
Nordrhein-Westfalen den Antrag auf nachfolgende Beschlussfassung durch den Rat:

**Der Rat möge beschließen:**

**Die Stadt Wegberg möge die Implementierung eines Umfrage- und  
Bürgerbeteiligungstools auf der Webseite der Stadt zeitnah realisieren. Dafür soll das  
in Europa bereits in vielen Kommunen erfolgreich eingesetzte Tool CONSUL - ein  
Open-Source-Projekt - für die Stadt installiert werden. Zunächst soll das Modul  
Bürgervorschläge aktiviert werden.**

**Begründung:**

Es sind die Städte, die die wichtigsten Impulse für die Digitalisierung der Demokratie geben  
können. Auch in Wegberg scheint die Frage, wie BürgerInnenbeteiligung im digitalen  
Zeitalter gestaltet und wie das Miteinander mithilfe moderner Technologien offener,  
transparenter und partizipativer gestaltet werden kann, omnipräsent. Zahlreiche europäische  
Städte nutzen seit Kurzem die Demokratie-Software Consul, die darauf abzielt, den digitalen  
Diskurs zu beleben und Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, die Geschichte  
des kommunalen Miteinanders direkt mitzugestalten.

**Aus der Beschreibung des Projekts:**

[https://consulproject.org/docs/consul\\_dossier\\_deutsch.pdf](https://consulproject.org/docs/consul_dossier_deutsch.pdf)

Dabei stützt sich Consul auf fünf Säulen:

1. Bürgerhaushalte: Bürgerinnen und Bürger können Ausgabenvorschläge für Teile des  
städtischen Budgets machen, um Projekte in der Stadt umzusetzen. Die Vorschläge, die die  
meisten Stimmen erhalten, werden umgesetzt.

2. Vorschläge: Bürgerinnen und Bürger können Ideen für neue Gesetze oder Aktionspläne, die in die Zuständigkeit der Stadtverwaltung fallen, einbringen und unterstützen. Erreichen sie ein gewisses Quorum, wird darüber abgestimmt.

3. Abstimmungen: Es kann sowohl über Vorschläge von Bürgerinnen und Bürger als auch von Institutionen abgestimmt werden. Außerdem ist es möglich, das gesamte Stadtgebiet oder nur bestimmte Bezirke einzuschließen.

4. Debatten: Consul bietet eine Diskussionsplattform, die nicht zu einer direkten Entscheidungsfindung führt, sondern der Stadt Zugang zur öffentlichen Meinung verschafft und den Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit gibt sich untereinander auszutauschen und ihre Erfahrungen einzubringen.

5. Kollaborative Gesetzgebung: Aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Ausarbeitung von Gesetzen und Aktionsplänen. Gesetzestexte können kommentiert und diskutiert werden.

Die von der UN ausgezeichnete Open Source-Software kommt heute schon in 34 Ländern und in mehr als 100 Städten und Organisationen zum Einsatz. Millionen Menschen nutzen sie regelmäßig, um Gesetzesideen einzubringen, über die städtische Mittelverwendung abzustimmen, oder um über drängende Probleme in ihren Vierteln zu diskutieren. Dabei ist Consul jedoch nicht starr auf die oben genannten fünf Säulen festgelegt, sondern kann an die jeweiligen Bedürfnisse einer Kommune angepasst werden. Dank der modularen Bauweise ist es sowohl möglich, erst mit einzelnen Komponenten zu starten und die restlichen später zu integrieren, oder auch durch andere Instrumente der Bürgerbeteiligung zu ersetzen. Je nach Stadt haben sich so verschiedene Consul-Variationen herausgebildet, die einander zwar gleichen, sich aber auch alle durch die lokalen Besonderheiten unterscheiden.

Zwar wurde Consul zuerst in Madrid eingesetzt – und auch dort entwickelt, mittlerweile hat sich aber eine lebendige Community gebildet, aus allen beteiligten Städten, Universitäten, Organisationen, Aktivisten/innen und freien Programmierern. Gemeinsam entwickeln sie die Software weiter und tauschen ihre Erfahrungen aus. Dies hilft, die Software anwendungsfreundlicher und sicherer zu machen, sowie die Partizipation zu steigern. Zudem findet ein jährliches Treffen statt, die ConsulCon, auf der neue Ideen vorgestellt werden und die digitalen und demokratischen Herausforderungen für die Kommunen diskutiert werden.

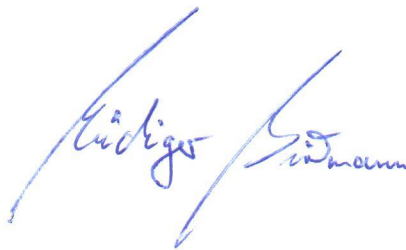
Der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ wirbt dafür, CONSUL auch in Deutschland zu etablieren. Mit Detmold hat die erste Stadt beschlossen, die Bürgerbeteiligungssoftware zu nutzen. Bundesweit haben einige weitere Städte und Gemeinden wie München, Augsburg, Castrop-Rauxel, Bautzen, Eching und Pullach konkretes Interesse bekundet. Auch wir in Wegberg sollten erkennen, dass sich die Plattform eignet, um BürgerInnenbeteiligungen den Anforderungen unserer Zeit entsprechend auf ein neues Level zu heben. Wir erhoffen uns außerdem, dass durch die Implementierung eines solchen Beteiligungstools die Einbindung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen in politische Entscheidungsprozesse gelingt und dass durch das offene Monitoring (Bearbeitungsstand online abrufbar) die Nachvollziehbarkeit politischer Kreisläufe gewährleistet und eine höhere Akzeptanz für politisches Handeln erreicht wird.

Mit freundlichen Grüßen



Tobias Becker

Sprecher der Ortsgruppe  
DIE LINKE. Wegberg



Rüdiger Birmann

Geschäftsführer der Ortsgruppe  
DIE LINKE. Wegberg